

Stadtverwaltung Allendorf (Lumda)

Bahnhofstraße 14

35469 Allendorf (Lumda)

Protokoll der 08. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

Sitzungstermin: Montag, den 24.04.2017

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:45 Uhr

Ort, Raum: großer Saal im Bürgerhaus in Allendorf (Lumda)

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses, Herr Ralf Hofmann, eröffnet die 08. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Ladung und die Tagesordnung ordnungsgemäß am 13.04.2017 zugestellt wurden und der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss mit 6 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Gegen die Protokolle der letzten Sitzungen vom 13.02. und 16.02.2017 wurden keine Einwände vorgebracht. Sie gelten somit als beschlossen.

Gegen die Tagesordnung erheben sich nach einer Aussprache keine Einwände. Sie gilt somit als beschlossen.

Tagesordnung

der 08. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses am 24.04.2017

TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2017
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/201/2017

TOP 2: Anfragen und Mitteilungen

**TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2017
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/201/2017**

Herr Vorsitzender Hofmann verweist auf die zur Sitzung verteilte Tischvorlage-Nr. 20/201/2017/3 vom 24.04.2017. Diese beinhaltet die Beantwortung der in den Anträgen der FW-Fraktion vom 11.04. und 18.04.2017 enthaltenen Fragestellung zur Vermarktung von Öko-Punkten sowie einer fünfprozentigen pauschalen Kürzung der Sach- und Dienstleistungen.

Die Beratung über die vorliegende Vorlage sowie über die Anträge der FW-Fraktion vom 11.04. und 18.04.2017 wird zurückgestellt.

Weiterhin liegt dem Ausschuss die Vorlage-Nr. 20/201/2017/2 der Verwaltung vom 07.04.2017 vor, die die Beantwortung von zwei Anträgen bzw. Anfragen der FW-Fraktion vom 05.04.2017 beinhaltet. Ferner ist der Vorlage eine Zusammenstellung sämtlicher bestehender und auch teilweise zurückgenommener Anträge beigelegt, die in den bisherigen drei Sitzungen des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses zum Haushalt beraten wurden sowie eine tabellarische Übersicht der beantragten Haushaltsänderungen im Ergebnis.

Es besteht Einvernehmen die vorliegenden Anträge - auf Basis der Vorlage-Nr. 20/201/2017/2 - nochmals zu beraten und eine Beschlussempfehlung hierüber ggf. erneut zu fassen.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Produkt 11110; Ergebnishaushalt; Verdoppelung des Ansatzes für Städtepartnerschaften

Herr Karlheinz Erbach beantragt mündlich für die SPD-Fraktion, dass der Haushaltsansatz für die Städtepartnerschaften folgendermaßen erhöht wird:

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (ohne bisherige Beschlussempfehlung HFWRA)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, dass der Haushaltsansatz für die Städtepartnerschaften folgendermaßen erhöht wird:

- Reisekosten Städtepartnerschaften von 250,00 € auf 500,00 €,
- Aufwendungen für Gästebewirtung Städtepartnerschaften von 2.500,00 € auf 5.000,00 €,
- Sonstige Aufwendungen für Repräsentationen Städtepartnerschaften von 1.000,00 € auf 2.000,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1	SPD
Nein-Stimmen:	3	CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, BFA/FDP
Enthaltung:	2	FW

Die Beschlussempfehlung ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2016: Produkt 11110; Ergebnishaushalt; Verdoppelung des Ansatzes für die Fraktionspauschale

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (mit Beschlussempfehlung HFWRA vom 13.02.2017, mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, im Rahmen der Haushaltsberatungen 2017, die Mittel der Sachkosten für Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen von jährlich 75 auf 150 Euro je Fraktion zu erhöhen.

Herr Schmidt nimmt den Antrag mündlich für die CDU-Fraktion zurück.

Änderungsantrag der BFA/FDP-Fraktion: Produkt 12210, Ergebnishaushalt; Teilnahme am Projekt „Partnerschaft für Demokratie“

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (ohne bisherige Beschlussempfehlung HFWRA)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die eingestellten 6.600,00 € für die Teilnahme am Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Frau Trenz nimmt den Antrag mündlich für die BFA/FDP-Fraktion zurück.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion: Produkt 12610, Ergebnishaushalt; Brand- und Katastrophenschutz

Herr Krieb stellt für die CDU-Fraktion einen neuen Antrag.

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die eingestellten Mittel des Sach- und Dienstleistungsaufwands (Pos. 13) pauschal um 43.930,00 € auf 70.000,00 € zu reduzieren.

Herr Rausch macht auf den konkurrierenden Antrag der FW-Fraktion aufmerksam, der eine prozentuale Kürzung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes (Pos. 13) insgesamt vorsieht. Es ist bei der Beschlussempfehlung festzulegen, welchem Antrag zu folgen ist bzw. es ist bei einer mehrfach gewünschten Kürzung die Kürzungs-Reihenfolge festzulegen. Hierzu ist eine Konkretisierung des Antrages notwendig.

Abstimmungsergebnis:

Nach Beratung erfolgt keine Abstimmung zur Beschlussempfehlung.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Produkt 27210, Ergebnishaushalt; Betrieb der Stadtbücherei Allendorf (Lumda)

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (Antrag im HFWRA zurückgenommen)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, 2.500,00 € für Umzugskosten der Stadtbücherei in den Haushaltsplanentwurf einzustellen.

Gemäß Mitteilung von Frau Henneberg verbleibt es bei der Rücknahme des Antrages.

Änderungsantrag der BFA/FDP-Fraktion: Produkt 36610, Ergebnishaushalt; Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (Antrag im HFWRA zurückgenommen)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, 500,00 € der eingestellten Haushaltsmittel für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Gemäß Mitteilung von Frau Trezn verbleibt es bei der Rücknahme des Antrages.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Produkt 42410, Ergebnishaushalt; Unterhaltungszuschuss an den TSV Allendorf (Lumda)

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (Antrag im HFWRA zurückgenommen)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die 5.000,00 €, welche auf Antrag des TSV Allendorf (Lumda) auf dauerhafte Erhöhung des Zuschusses zur Unterhaltung des Allendorfer Sportplatzes in den Haushaltsplanentwurf eingestellt wurden, auf 3.000,00 € zu reduzieren.

Zusätzlich sind 4.000,00 € jährlich im Rahmen der allgemeinen Sportförderung in den Haushalt und folgende einzustellen. Um diese Mittel kann sich jeder Sportverein (auch der TSV) anteilig mit einem entsprechenden Antrag bewerben. Diese Mittel können sowohl für Anschaffungen, als auch Freizeiten oder Aktivitäten beantragt werden. Über die Mittelfreigabe entscheidet der Magistrat.

Gemäß Mitteilung von Frau Henneberg verbleibt es bei der Rücknahme des Antrages.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion: Produkt 42410, Ergebnishaushalt; Sperrvermerk Unterhaltungszuschuss an den TSV Allendorf (Lumda)

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (einstimmig beschlossen HFWRA vom 16.02.2017)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die Mittelanmeldung des TSV in Höhe von 5.000,00 € mit einem Sperrvermerk, welcher durch den Sport- und Kulturausschuss aufgehoben werden kann, zu versehen.

Herr Krieb nimmt den Antrag mündlich für die CDU-Fraktion zurück und stellt einen neuen Antrag zum Produkt 42410:

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (Zeile 15) von 5.600 € auf 4.750 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4	
Nein-Stimmen:	1	SPD
Enthaltung:	1	FW

Die Beschlussempfehlung ist somit mehrheitlich angenommen.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Produkt 53310, Maßnahme 001; Beschaffung Einsatzfahrzeug Wassermeister

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (ohne Abstimmung HFWRA)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Ansatz für die Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges für den Wassermeister um 2.000,00 € auf dann 30.000,00 € zu erhöhen. Es ist ein Wasserfahrzeug (Dienstfahrzeug für den Bereich der

Wasserversorgung) anzuschaffen, dabei ist auch eine Förderung durch Bundesgelder zu berücksichtigen.

Frau Henneberg nimmt den Antrag mündlich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück.

Änderungsantrag der BFA/FDP-Fraktion: Produkt 53310, Maßnahme 001; Beschaffung Einsatzfahrzeug Wassermeister

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die eingestellten 28.000,00 € für die Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges für den Wassermeister mit einem Sperrvermerk zu versehen. Dieser Sperrvermerk kann durch den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss aufgehoben werden. Der Magistrat wird gebeten, zunächst Angebote von Elektronutzfahrzeugen im Vergleich zu herkömmlichen Nutzfahrzeugen (Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor oder Hybridfahrzeuge) einzuholen.

Abstimmungsergebnis: (einstimmige Beschlussempfehlung HFWRA vom 16.02.2017)

Der Antrag der Fraktion bzw. die Beschlussempfehlung vom 16.02.2017 wird wie folgt ergänzt:

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die eingestellten 28.000,00 € für die Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges für den Wassermeister mit einem Sperrvermerk zu versehen. Dieser Sperrvermerk kann durch den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss aufgehoben werden. Der Magistrat wird gebeten, zunächst Angebote von Elektronutzfahrzeugen im Vergleich zu herkömmlichen Nutzfahrzeugen (Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor oder Hybridfahrzeuge) einzuholen und Förderungsmöglichkeiten zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Produkt 54110, Ergebnishaushalt; Senkung von Hochbordanlagen

Herr Karlheinz Erbach beantragt mündlich für die SPD-Fraktion, 10.000,00 € für die Absenkung von Hochbordanlagen im Stadtkern als auch in den Stadtteilen in den Haushalt einzustellen. Unter anderem soll durch die Absenkung eine Barrierefreiheit im Stadtgebiet gewährleistet werden.

Antrag der Fraktion vom 16.02.2017 / Beschlussempfehlung (bisher keine Beschlussempfehlung HFWRA)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, 10.000,00 € für die Absenkung von Hochbordanlagen im Stadtkern als auch in den Stadtteilen in den Haushalt einzustellen.

Herr Erbach stellt mündlich einen Änderungsantrag zum Antrag vom 16.02.2017:

Antrag der Fraktion vom 24.04.2017 / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, 5.000,00 € für die Absenkung von Hochbordanlagen im Stadtkern als auch in den Stadtteilen in den Haushalt einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1	SPD
Nein-Stimmen:	5	
Enthaltung:	0	

Die Beschlussempfehlung ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Produkt 54710, Ergebnishaushalt; Reaktivierung der Lumdatalbahn /ÖPNV

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (bisher keine Beschlussempfehlung im HFWRA)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, 10.000,00 € für die Pflege, den Erhalt und/oder für eine Unterstützung der Reaktivierung der Strecke der Lumdatalbahn einzustellen.

Frau Henneberg nimmt den Antrag mündlich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Produkt 54710, Ergebnishaushalt; Reaktivierung der Lumdatalbahn /ÖPNV

Nach Rücknahme des Antrags wird von Herrn Erbach nachfolgender Antrag gestellt:

Antrag der Fraktion vom 24.04.2017 / Beschlussempfehlung

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, 5.000,00 € für die Pflege, den Erhalt und/oder für eine Unterstützung der Reaktivierung der Strecke der Lumdatalbahn einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1	SPD
Nein-Stimmen:	5	
Enthaltung:	0	

Die Beschlussempfehlung ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Produkt 55410, Ergebnishaushalt; Natur- und Landschaftspflege

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (mehrheitlich abgelehnt HFWRA am 16.02.2017)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Ansatz von 4.000,00 € für den Fledermausschutz im „Hohen Stein“, Einfluggitter und die Beschaffung von Obstbäumen um 1.500,00 € zu erhöhen. Diese zusätzlichen 1.500,00 € sollen in Form eines „Patenschaftsprojektes“ Bürgern, welche sich um eine Patenschaft bewerben, zur Verfügung gestellt werden.

Frau Henneberg nimmt den Antrag mündlich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion: Produkt 57110, Maßnahme 003; Beteiligung an dem Windpark Staufenberg

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (einstimmige Beschlussempfehlung HFWRA)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 250.000,00 € mit einem Sperrvermerk zu versehen. Dieser Sperrvermerk kann durch die Stadtverordnetenversammlung wieder aufgehoben werden.

Abstimmungsergebnis:

Ohne weitere Abstimmung beraten.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Produkt 57310, Ergebnishaushalt; Leistungen des Bauhofes – Erarbeitung Fahrzeugkonzept

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (bisher keine Beschlussempfehlung HFWRA)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, 7.000,00 € für die Erarbeitung eines gemeinsamen Fahrzeugkonzeptes mit der Gemeinde Rabenau in den Haushalt einzustellen.

Frau Henneberg nimmt den Antrag mündlich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück.

Änderungsantrag der FWG: Produkt 57320, Maßnahme 001; Weitere Pflasterung des Festplatzes in Allendorf (Lumda)

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (keine Beschlussempfehlung HFWRA)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, eine Pflasterung auf dem Festplatz in östliche Richtung an die bestehende Pflasterung in gleicher Breite bis hinter den Standort der Glascontainer, fortzuführen. Weiterhin wird der Magistrat beauftragt, für die Ausführung der Arbeiten, unter Regie des Bauhofes, eine Freiwilligkeit bei der Burschenschaft zu erfragen.

Hierfür sind für investive Auszahlungen für Baumaßnahmen die Materialkosten in Höhe von 10.000,00 € einzustellen.

Herr Käs nimmt den Antrag mündlich für die FW-Fraktion zurück.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion: Produkt 57330, Maßnahme 015, Antrag auf Einrichtung behindertengerechter Toiletten im BGH Allendorf (Lumda)

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (einstimmige Beschlussempfehlung HFWRA vom 16.02.2017)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Magistrat zu beauftragen, die seit Jahren vorliegende Planung zur Schaffung einer behindertengerechten Toilette im Bürgerhaus Allendorf/Lumda umzusetzen. Im Haushalt 2017 sind Planungskosten im Ergebnishaushalt in Höhe von 3.000 € (Produkt 57330, Pos. 13) einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ohne weitere Abstimmung beraten.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Produkt 57330, Maßnahme 015, Überdachung Bürgerhaus Nordeck, Bereitstellung von Bürgerhäusern (Gemeinschaftseinrichtungen)

Antrag der Fraktion / Beschlussempfehlung (Antrag im HFWRA zurückgenommen)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die eingestellten Mittel für die Überdachung des Vorplatzes am BGH Nordeck auf 15.000,00 € zu reduzieren.

Gemäß Mitteilung von Frau Henneberg verbleibt es bei der Rücknahme des Antrages.

Vorlage 20/201/2017/2: Produkt 11130, Einrichtung für die gesamte Verwaltung

Mag.-Vorlage (bisher keine Beschlussempfehlung HFWRA)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen zu Produkt 11130,

- den Haushaltsansatz der Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse (Ziffer 7) um 25.000 € auf 50.000 € zu erhöhen,
- den Haushaltsansatz der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse um 25.000 € auf 25.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Einstimmig beschlossen.

Vorlage 20/204/2017 u. 20/201/2017/1: Produkt 61110, Gemeindesteuern und Zuweisungen - Erlass Hebesatzsatzung / Ausgleich Gewerbesteuer einbruch u. Finanzierung erhöhter Rückstellungsaufwand (Produkt 11110)

Mag.-Vorlage (bisher keine Beschlussempfehlung HFWRA)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen zu Produkt 11110,

- den Haushaltsansatz für den Versorgungsaufwand (Ziffer 12) um 402.180 € auf 492.160 € zu erhöhen,

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen zu Produkt 61110,

- den Haushaltsansatz der Gewerbesteuer um 176.950 € auf 693.050 € zu reduzieren,
- den Haushaltsansatz der Grundsteuer A um 17.090 € auf 38.170 € zu erhöhen,
- den Haushaltsansatz der Grundsteuer B um 385.090 € auf 860.160 € zu erhöhen,
- den Haushaltsansatz für die abzuführende Gewerbesteuerumlage um 46.215 € zu reduzieren,
- den Haushaltsansatz für den Rückstellungsaufwand aus dem Kommunalen Finanzausgleich um 130.735 € reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Beschlussempfehlung beraten.

Vorlage 20/201/2017/1: Produkt 11150, Liegenschafts- und Gebäudemanagement – Vermarktung Baugebiet „Futterwiese“

Mag.-Vorlage (bisher keine Beschlussempfehlung HFWRA)

Der Haupt-, Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen zu Produkt 11150,

- außerordentliche Erträge aus Grundstücksgeschäften (Zeile 25) in Höhe von 82.630 €,
- außerordentliche Aufwendungen aus Grundstücksgeschäften (Zeile 25) in Höhe von 165.505 €,

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1 CDU

Einstimmig beschlossen.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen - unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge sowie der Fortschreibung aus der Hebesatzfestsetzung - für das Haushaltsjahr 2017.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2016 bis 2020 und das zugrunde liegende Investitionsprogramm gemäß § 101 HGO zur Kenntnis und beschließt die vorliegende Fortschreibung des Kommunalinvestitionsprogramms 2017.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Gesamt-Beschlussempfehlung.
Ohne Beschlussempfehlung beraten.

TOP 2: Anfragen und Mitteilungen

Anfragen:

Herr Käs erkundigt sich nach dem Sachstand der Anfragen zum Akteneinsichtsausschuss.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt hierzu mit, dass bisher die Beantwortung der Anfragen noch nicht vorliegt. Sie hofft, dass die Unterlagen alsbald eintreffen, damit der Akteneinsichtsausschuss bis zum 30.06.2017 seine Arbeit beenden kann.

Herr Krieb bittet um Auskunft zu den entstandenen Wasserschäden am Bürgerhaus in Nordeck.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause antwortet hierauf, dass die Feuerwehr eine Brandübung durchgeführt hat. Hierbei sei es durch einen Wasserrückstau zu Schäden gekommen. Der Rückstau wurde durch in den Leitungen befindliches Blätterwerk verursacht, der im Übrigen auch durch ein Starkregenereignis hätte verursacht werden können. Die Versicherung wurde bereits verständigt und eine Kostenübernahme der Schäden wurde zugesagt.

Mitteilungen:

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt mit, dass

- die Bezuschussung der Machbarkeitsstudie eines Gemeindeverwaltungsverbandes Allendorf-Rabenau erfolgt ist. Nach Rückkehr von Herrn Bürgermeister Hillgärtner aus dem Erholungsurlaub soll in der nächsten Woche der Förderbescheid offiziell übergeben werden.
- aufgrund der Verzögerung bei der Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2017 die Eltern darüber informiert wurden, dass der zu Jahresbeginn in Aussicht gestellte Zeitplan zur Erweiterung der Kindertagesstätte in Allendorf nicht mehr eingehalten werden kann. Sie weist auf eine Mitteilung der Lebenshilfe Gießen hin, dass trotz Sondergenehmigung nach derzeitigem Planungsstand 13 Kinder bis zum Ende des Kalenderjahres bzw. weitere 10 Kinder bis zum Sommer 2018 kein Kindertagesstättenplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Der Waldkindergarten wird ebenso bis zum Ende des Jahres voll belegt sein. Frau Arnold vom Landkreis Gießen hat in Anbetracht der verschärften Situation die Stadt aufgefordert, Kompensationsmöglichkeiten zu benennen, um den absehbaren Engpass zu beseitigen.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause zeigt sich verärgert, dass zum wiederholten Mal durch ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung besonders geschützte Daten aus dem Gremieninformationsdienst im Internet veröffentlicht wurden. Sie weist auf eine Mitteilung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes (HSGB) hin, wonach rechtliche Stellungnahmen des HSGB ausschließlich für den internen Gebrauch bestimmt sind. Die Weitergabe von Rechtsauskünften an Dritte oder gar die Veröffentlichung im Wortlaut können beim Hessischen Städte- und Gemeindebund zu Schwierigkeiten führen, durch die die Prozessvertretung für seine Mitgliedsstädte und –gemeinden in Frage gestellt wird. Frau Bergen-Krause verweist insofern auf den dringenden Appell des Stadtverordnetenvorstehers aus der letzten Stadtverordnetensitzung, der leider vorsätzlich missachtet wurde.

Allendorf (Lumda), den 28.04.17

gez. Hofmann

**(Stadtverordneter
Ralf Hofmann)
Vorsitzende(r)**

Rausch

**(Leiter Fachbereich Finanzen
Jürgen Rausch)
Schriftführer**

Anwesenheitsliste

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :

Frau Stadtverordnete Sandra Henneberg

FWG-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Ralf Hofmann

Herr Stadtverordneter Alexander Zientek

CDU-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Jürgen Schmidt

BFA/FDP-Fraktion :

Frau Stadtverordnete Brunhilde Trenz

SPD-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Karlheinz Erbach

Magistrat :

Frau Bürgermeisterin Annette Bergen-Krause

Herr Stadtrat Manfred Lotz

Herr Stadtrat Reiner Placzko

Herr 1. Stadtrat Udo Schomber

Frau Stadträtin Petra Sommerlad

Herr Stadtrat Konrad Stelzenbach

Stadtverordnetenvorsteher :

Herr Stadtverordnetenvorsteher Thomas Benz

Stadtverordnete :

Herr Stadtverordneter Lothar Claar

Frau Stadtverordnete Brigitte Heilmann

Frau Stadtverordnete Sylke Schäfer

Herr Stadtverordneter Thomas Stein

Herr Stadtverordneter Helmut Wißner

Verwaltung :

Herr Leiter Fachbereich Finanzen Jürgen Rausch

Fraktionsvorsitzender :

Herr Stadtverordneter Reiner Käs

Herr Stadtverordneter Ulrich Krieb

entschuldigt fehlten:

SPD-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Apala-Raphael Omokoko